

Prinz-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 19

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis M. 1,10 pro Monat.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
 Claus-Brock-Straße 1, Telefon 1, 8246.

Auslagen fallen die nachgehaltene Nov.
perzelle oder deren Raum 50 Pf. (der
Betrag ist bitte vorher einzustellen).
Verbandsanzeigen fallen 25 Pf. die Zeile.

30. Jahrg.

Hamburg, den 6. Mai 1916

Kollegen!

Zur erfolgreichen Agitation für die Stärkung unseres Verbandes ist die Frühjahrzeit stets der geeignete Zeitpunkt. Trotz aller Stürme des Weltkrieges müssen wir daher die Konjunktur zur Agitation bestens ausnützen. Wie unser Volk in Waffen durch seine Einigkeit und feste Zuversicht uns die schönsten Proben gibt, so müssen jetzt auch die in der Heimat zurückgebliebenen Berufskollegen solidarisch in unserer Organisation zusammenstehen. In unserer Einigkeit und Geschlossenheit liegt unsere Kraft! Auf Kollegen, zur treuen Mitarbeit im Verbande!

Die Unfälle im Jahre 1914 und der Bericht des Reichsversicherungsamts für 1915.

Bei der Wertung des amtlichen Zahlenmaterials von den gewerblichen Unfällen im Jahre 1914 ist zu beachten, daß der Krieg Anfang August begann, mitin fünf Monate als normale Verhältnisse für das gewerbliche Leben in Betracht kommen. Gleich nach der Kriegserklärung trat eine Stockung auf allen Gebieten der Arbeitstätigkeit ein, die erst nach einigen Monaten, besonders durch die Auflage der Militärbehörden, nachließ. Der katastrophale Rückgang der Arbeitseleganzen kommt auch in der Nachbeurteilung der gewerblichen Berufsgenossenschaften zum Ausdruck. Die Zahl der Vollarbeiter betrug im Jahre 1913 9.476.233, dagegen 1914 nur 8.274.900, also 1.201.333 Vollarbeiter weniger als im Vorjahr. Ein ähnliches Bild zeigt auch die Baugewerberufsgenossenschaften (Tabelle I), wo gegen das Jahr 1913 161.300 Vollarbeiter weniger aufgeführt werden.

Auch die amtlichen Feststellungen der „tatsächlich erledigten Söhne“ zeigen deutlich die erste Wirkung des Krieges. Die Summe der Söhne betrug 1913 11.516.973.458, 1914 aber nur M. 9.906.664.941. Widerum im Jahre 1914 von den Arbeitern im Wirtschaftsbereich M. 1.610.308.517 weniger umgesetzt als 1913. Aus diesen Zahlen spricht die Not der Arbeiterschaft, besonders der Familien der zum Heeresdienst Einberufenen. Damit die wuchernde Preisseigerung für die notwendigen Lebensmittel. An dem Rahmenfall sind die gewerblichen Arbeiter mit M. 320.084.471 beteiligt (Tabelle II). Dass eine solche Zehnfamilie eine schwere Errichtung des wirtschaftlichen Lebens der Gewerbetreibenden maßte, ist selbstverständlich, um so mehr, wenn „tatsächlich verdienten Söhne“ schon im Jahre 1912 einen beträchtlichen Gehalt aufwiesen.

Bei der Reichsunfallversicherung wurden 1913 789.373 Fälle gemeldet; davon waren 139.633 entschädigte Verste. In der letzteren Zahl sind 10.293 Tödlichverletzte enthalten. Für 1914 sind die Zahlen: 704.973 gemeldete und 124.086 entschädigte Unfälle mit 9401 Tödlichverletzten. 1914 zeigen die absoluten Zahlen infolge der Stockung des Wirtschaftslebens eine erhebliche Abnahme. Dasselbe ist sich auch von den Zahlen der gewerblichen Berufsgenossenschaften sagen; doch ist hier zu erwähnen, dass die absoluten Zahlen eine Zunahme der Unfälle aufweisen. Die sterben Zahlen bieten für 1915, ganz besonders für das Bergbau- und Steinbruch-, Ziegeler- und Holzbetriebe am 29. November 1915 und mit Vertretern der Reichsindustrie am 1. Januar 1916 im Reichsversicherungsamt verhandelt.

älteren Personen sowie von Frauen, ungelernten Arbeitern und Kriegsgefangenen bei oft äußerst gefährlichen Arbeiten hat Unfälle zur Folge gehabt, die die ganze Tragik dieser Zeit noch erhöhen.

Für das Jahr 1918 hatten die Baugewerberufsgenossenschaften insgesamt 79.491 Unfälle und 18.579 entstättigte Unfälle mit 1174 Tödlichverletzten. Das sind gegen 1914 12.878 Unfälle und 2008 entstättigte Unfälle mit 145 Tödlichverletzten weniger, die ebenfalls auf den Rückgang der Tätigkeiten bei Ausbruch des Krieges gebucht werden müssen (Tabelle I).

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1915 bietet einige Angaben von Interesse. Bei den Baugewerberufsgenossenschaften sind insgesamt in den als revisionsbedürftig nachgewiesenen 80.275 Betrieben 198.259 Revisionen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufsgenossenschaften sind von 622.072 nachgewiesenen Betrieben 74.888 revidiert worden. Infolge Eindämmung zum Heeresdienst waren zahlreiche technische Aufsichtsbeamte verhindert, die Überwachungstätigkeit auszuüben.

Um die Überwachungstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten, bemerkenswerte Betriebseinrichtungen und ihre Sicherheitsmaßnahmen sowie die hierbei in Betracht kommenden technischen Fortschritte lernen zu können, besichtigte ein Mitglied des Reichsversicherungsamtes Betriebe der Nordostlichen Baugewerberufsgenossenschaft und der Tiefbauberufsgenossenschaft. Insbesondere wurden die Kunden der Königlichen Pulverbefabrik in Königsberg und die wichtigsten Arbeitsstellen der im Bau befindlichen Berliner Untergrundbahn besucht. In allen Revisionen nahmen die zuständigen technischen Aufsichtsbeamten, an mehreren auch Mitglieder der Genossenschaftsvertretungen teil. In den betroffenen Landesteilen Belgien werden von einer Reihe großer Baufirmen, meistens der Tiefbauberufsgenossenschaft, in einzelnen auch der Rheinisch-Westfälischen Baugewerberufsgenossenschaft angehörig, größere Arbeiten ausgeführt. Um nun festzustellen, inwieweit in diesen Ausstrahlungsbetrieben für den Arbeiterschutz gesorgt wird, besichtigte ein Mitglied des Reichsversicherungsamtes eine größere Anzahl dieser Baustellen. Diese Besichtigungen geben zugleich Gelegenheit zum Meinungsaustausch über Unfallverhütungsmaßnahmen und zur Prüfung neuer Sicherheitsvorrichtungen.

Im Berichtsjahr sind auch eine Anzahl neuer Unfallverhütungsvorschriften genehmigt worden und in Kraft getreten. Neben die Entwürfe neuer oder abgeänderter Unfallverhütungsvorschriften der Hamburgischen, Schlesischen, Boerenischen, der Hessen-Nassauischen und Tiefbauberufsgenossenschaft wird noch verhandelt. Die Verhandlungen über die neuen Unfallverhütungsvorschriften der Sachsenischen, Hannoverschen, Magdeburgischen und der Thüringischen Baugewerberufsgenossenschaft sowie der Nordostlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft müssen wegen der durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten vertagt werden. Dasselbe trifft auch für die Ausstellung von Normalunfallverhütungsvorschriften für die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften zu. Angeknüpft der unverantwortlichen Schuhunterlassungen in den Eisenwerken und bei Eisenbahnen ist die neuerliche Verschärfung dieser Verordnungen sehr bedauerlich.

Ein Mitglied des Reichsversicherungsamtes besuchte eine Vorstandssitzung des Verbandes der Deutschen Baugewerberufsgenossenschaften in Düsseldorf, in der insbesondere über die Beschäftigung Kriegsbeschädigter und eine dadurch gebotene Ergänzung der Normalunfallverhütungsvorschriften beraten wurde. Um sie mit der Beschäftigung Betriebsunfallverletzter gemacht, Erfahrungen für die Einstellung Kriegsbeschädigter in ihre alten Betriebe nutzbar zu machen, wurde mit Vertretern großindustrieller Betriebe am 13. November, mit Unternehmern von Bau-, Tiefbau-, Steinbruch-, Ziegeler- und Holzbetrieben am 29. November 1915 und mit Vertretern der Reichsindustrie am 1. Januar 1916 im Reichsversicherungsamt verhandelt.

Um anderseits eine Übersicht zu gewinnen, inwieweit die zum Besten der Kriegbeschädigten geschaffenen Einrichtungen später auch für die Teilinvaliden der Friedensarbeit nutzbar gemacht werden können, beteiligten sich drei Mitglieder des Reichsversicherungsamtes an den Arbeiten des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge. In einem an sämtliche Berufsgenossenschaften gerichteten Rundschreiben vom 30. August 1915 wurde im Interesse einer umfangreichen Verwendung von Kriegsbeschädigten Arbeitern ohne Vermehrung der Unfallgefahr die möglichste Verbesserung der Unfallverhütungstechnik angeregt. Das ist jedenfalls eine sehr vernünftige und dringende Maßnahme.

In bezug auf die Grundsätze über die Herausbegung und Aufhebung der Renten sind die Berufsgenossenschaften vom Reichsversicherungsamt aufgefordert worden, gegenüber solchen Kriegsteilnehmern, die in Feindeeland stehen, allgemein von der Rentenherabsetzung und -entziehung Abstand zu nehmen. Auch wird gegenüber Rentenempfängern, die zu militärischen Dienstleistungen eingezogen sind und sich noch im Inland befinden, ebenso aber auch gegenüber Rentenempfängern, die nicht Kriegsteilnehmer sind, durchweg auf die durch den Krieg geschaffenen Wirtschaftslage Rücksicht genommen. — Zahlreiche Anfragen verlangten darüber Auskunft, inwieweit die vor dem Kriege entstandenen Ansprüche Angehöriger feindlicher Staaten auf Unfallrenten durch den Krieg beeinflusst seien. Das Reichsversicherungsamt hat sich dahin ausgesprochen, daß der Krieg ohne Einfluss auf die Ansprüche sei und die Renten nur unter den Voraussetzungen des § 81b der Reichsversicherungsordnung für ruhend erklärt werden könnten. So weit die Renten nicht ruhten, wurde die Weiterzahlung dann für ungültig erklärt, wenn die Zahlungen noch dem durch ein Zahlungsverbot betroffenen Ausland erfolgen müssen oder die Gefahr besteht, daß der sich nicht in einem solchen Gebiet aufhaltende Ausländer die Beiträge nach dem durch ein Zahlungsverbot berührten Ausland abführen könnte. In allen andern Fällen wurden die Versicherungsträger für verpflichtet erklärt, die Renten weiterzuzahlen. In einem Rundschreiben vom 30. August 1915 hat das Reichsversicherungsamt sämtliche Berufsgenossenschaften angewiesen, die den italienischen Arbeitern zugesprochenen Renten weiter auszuzahlen, da zwischen Italien und dem Deutschen Reich kein Kriegszustand bestehet.

Zur Förderung der Gesundheitspflege für unsere Truppen haben auf Anregung des Reichsversicherungsamtes die Landesversicherungsanstalten nicht unbeträchtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt; bis jetzt insgesamt M. 1.250.000. Bis Ende Dezember waren davon M. 670.000 ausgegeben. Davon sind M. 90.000 zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verwendet worden. Auch die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat hierzu M. 10.000 beigetragen. — Auf Eruchen des Kriegsausschusses für warme Kleidung in Berlin haben im Frühjahr 1915 eine größere Zahl von Versicherungsanstalten M. 458.000 für die Truppen zur Verfügung gestellt. Davon ist eine größere Summe abgezweigt und dem Generalgouvernement in Belgien zur Beschaffung von Arbeitseleganzen für die Frauen und Mädchen in diesem Land überwiesen worden. Der Betrag von M. 100.000 wurde als Stridloha für Frauen und Mädchen in Brüssel ausgegeben. Es sind auf diese Weise 166.000 Paar Socken für die Truppen der Westfront angefertigt worden. Weitere M. 100.000 wurden im Laufe des letzten Winters dazu verwendet, um auch in den übrigen größeren Städten Belgiens Arbeitseleganzen für beschäftigungslose Frauen und Mädchen zu schaffen und so der Prostitutionsgefahr entgegenzuwirken. — Wie aus den Rechnungsnachweisen der Berufsgenossenschaften für 1914 und dem Bericht des Reichsversicherungsamtes für 1915 zu ersehen ist, steht auch die sozialpolitische Verstärkung in Kriegszeiten nicht.

G. P. i. a. f. e.

Tabelle I. **Boslarbeiter, Betriebe und Unfälle bei den Baugewerbs-Berufsgenossenschaften mit den Zweiganstalten im Jahre 1914.**

Nummer der Gesamt- summe	Baugewerks- Berufsgenossenschaften usw.	Zahl der revisions- bedürftigen Betriebe und Regie- raubetriebe					Zahl der Verletzten, für welche Unfallanzeige erstattet wurden			Zahl der Verletzten, für welche im Laufe des Rechnungsjahres zum ersten Male Entschädigungen ge- gabt worden sind			Zahlen der Verleugnungen			Auf 1000 Bollarbeiter zahlen Tödlichverleugte	
		Bollarbeiter	Betriebe	Insgeamt	Auf 1000 Bollarbeiter		Insgeamt	Auf 1000 Bollarbeiter		Zob	Dauernde Gewerbsunfähig- keit	Vorüber- gehende Gewerbs- unfähig- keit	1914	1913			
					1914	1913		1914	1913					1914	1913		
1	Hamburgische	57 814	18 672	?	10	2 848	49,89	51,66	429	7,49	8,25	84	8	87	805	0,59	0,93
2	Nordöstliche	186 125	25 883	?	21	8 943	65,69	58,64	1 288	9,46	9,33	119	9	848	817	0,87	0,86
3	Schlesisch-Posenische	73 441	9 915	?	6	4 268	58,11	56,92	809	11,02	11,52	72	—	140	697	0,98	0,92
4	Hannoversche	73 928	17 754	8 171	9	3 106	42,01	36,95	642	8,68	8,12	65	—	106	489	0,88	0,73
5	Magdeburgische	35 002	6 711	3 904	4	2 169	61,97	56,76	880	9,43	8,58	40	—	8	282	1,14	0,80
6	Sächsische	79 783	11 667	?	13	4 664	58,46	56,85	829	10,89	10,08	58	2	223	546	0,78	0,59
7	Thüringische	23 978	5 775	2 576	3	1 276	58,21	42,58	288	12,01	8,28	18	—	134	136	0,75	0,39
8	Hessen-Nassauische	52 885	14 956	5 812	14	2 981	56,90	57,20	484	9,24	7,42	34	—	104	346	0,65	0,86
9	Rheinisch-Westfälische	154 842	32 906	14 766	13	7 681	50,90	50,57	1 748	11,29	9,78	195	—	538	1015	1,26	1,09
10	Württembergische	27 192	8 838	4 380	8	1 582	56,34	53,55	478	17,39	16,42	18	2	217	236	0,66	0,89
11	Bayerische	68 842	15 182	7 592	16	5 521	86,48	73,64	1 002	15,69	15,20	49	6	295	652	0,77	0,89
12	Südwestliche	42 888	10 871	5 909	18	2 828	66,25	66,10	494	11,57	12,82	40	5	145	304	0,94	1,04
13	Tiefbau-Berufsgenossenschaft	198 769	21 889	3 182	10	18 581	93,23	90,02	2 755	18,86	12,22	287	87	929	1502	1,44	1,17
Zusammen . . .		1 019 289	195 419	—	135	66 548	65,29	62,02	11 571	11,35	10,80	1029	64	3271	7207	1,01	0,92
Staatliche Bauverwaltungen, Ausführungsbehörden der Ge- meindeverbände u. Gemeind.		87 266	—	—	—	2 054	55,12	47,45	251	6,74	6,77	81	8	47	170	0,88	0,66
Insgesamt . . .		1 128 842	—	—	135	71 765	—	—	12 201	—	—	1089	76	3488	7603	—	—

Kosten für die Unfallverhütung, betriebstechnische Revisionen, Verwaltungskosten, Löhne und Entschädigungsbeträge bei den Wagenwerks-Berufs-
genossenschaften mit den Zweiganstalten im Jahre 1914.

Tabelle II.

Baugewerks- Berufsgenossenschaften	Kosten für die Unfallverhütung			Betriebs-technische Revisionen zur Unfallverhütung						Summe der Entschädigungs- beträge (Unfall- entschädigung)		
	Für den Ertrag von Unfall- verhütungs- versicherungen		Für die Überwachung der Betriebe	Auf 1000 Voll- arbeiter fallen Kosten für die Überwachung der Betriebe	Zahl der Revisionstage für betriebs-technische Besichtigungen	Zahl der Revisionen insgesamt	Auf 100 revision- bedürftige Betriebe entfallen Revisionen	Allgemeine Verwaltungskosten				
	M.	A.	M.	A.	M.	A.	M.	A.	M.			
1 Hamburgische	1820	51 059,82	890,88	2	2	—	194 188,84	83 158 432	1 191 613,88			
2 Nordöstliche	903,25	89 119,32	654,68	2	2	—	623 813,52	191 939 144	8 815 599,73			
3 Schlesisch-Polenische	238,72	27 995,56	381,20	2	2	—	184 347,43	80 749 385	1 419 160,00			
4 Hannoversche	2 714,07	48 702,13	658,78	1649	29 792	364,61	287 574,89	93 246 413	1 320 494,80			
5 Magdeburgische	77,75	23 626,65	674,98	682	4 911	125,79	109 344,42	42 874 759	748 821,16			
6 Sächsische	309,10	56 898,44	713,16	2	2	—	266 784,06	109 404 886	1 907 525,10			
7 Thüringische	626,55	16 930,90	706,10	368	5 887	207,19	72 192,08	31 669 650	486 787,60			
8 Hessen-Nassauische	293,05	58 315,62	1113,21	1955	38 680	579,49	187 160,53	63 227 488	1 058 278,56			
9 Rheinisch-Westfälische	72,92	68 126,55	489,99	1680	21 878	148,00	381 144,99	206 854 861	8 280 467,61			
10 Württembergische	191,73	14 589,87	536,55	836	4 880	100,00	99 250,76	32 713 276	697 894,76			
11 Badische	157,10	74 867,48	1172,70	1159	16 789	222,90	444 072,68	77 820 588	2 148 763,30			
12 Südwesiliche	1 222,72	62 694,83	1468,66	1040	11 670	197,00	169 142,28	59 889 016	1 242 761,14			
13 Eisbau-Berufsgenossenschaft . . .	80,90	108 022,69	843,45	1293	4 238	138,20	610 743,32	280 126 826	4 264 859,61			
Zusammen		6 906,06	700 949,56	—	—	—	3 608 209,54	1 803 424 624	28 148 017,49			
Der Jahre 1913 insgesamt		18 029,84	758 307,39	—	—	—	3 758 723,20	1 623 459 095	23 298 776,42			

Tabelle III. Entschädigte Unfälle bei den Baugewerbe-Berufsgenossenschaften mit den Bauschauanstalten im Jahre 1914.

Betriebsseinrichtungen und Werke, bei welchen sich die Unfälle ereigneten.

Vor- und Zahlende Nummer	Baugewerks- Berufs- genossenschaften	Motoren, Trans- missions und Arbeits- maschinen	Hebe- maschinen (Drehstähle, Kranzüge, Flaschenzüge, Binden, Kräne usw.)	Dampfhebel, Dampf- lochapparate, Dampf- leitungen (Explosion und sonstige)	Sprengstoffe (Explosion von Pulver, Dynamit usw.)	Gefährliche, heiße und ähnende Stoffe (glühendes Metall, Gase, Dämpfe usw.)	Zusammen- bruch, Einsturz, herab- und Umjollen von Gegen- ständen	Fall von Ketten, Treppe, aus Zulen nsw., in Her- tiefungen, auf ebener Erde	Auf- und Abladen von Hand, heben, Tragen nsw.	Fuhrwerk (Kreuz- scheiben, Wälzachse, von Wagen und Karren aller Art nsw.)	Eisenbahn- betrieb (Kreuz- scheiben fahren nsw.)	Schiffahrt und Verkehr zu Wasser (Fall über Werk nsw.)	Tiere (Stoh, Schlag, Vib- nsw.) ein- schläglich aller Unfälle beim Reiten	Handwerks- zeug und ein- fache Geräte (Hämmer, Messer, Axt, Etc., Haken, Spann nsw.)	Elek- trischer Strom	Nb. Springende Splitter und sonstige	Summe
1	Hamburgische	35	9	—	1	8	143	86	48	25	11	2	8	16	1	41	45
2	Nordöstliche	96	39	1	5	52	197	460	194	77	44	3	7	51	7	55	128
3	Schlesisch-Posenische	61	18	—	2	14	259	184	98	54	18	—	6	39	9	47	80
4	Hamoverische	66	15	—	—	17	160	165	89	23	22	1	7	34	8	35	64
5	Magdeburgische	29	1	—	1	6	68	164	11	5	8	—	1	23	—	13	33
6	Sächsische	38	13	—	—	32	209	211	122	52	10	—	5	14	4	119	88
7	Thüringische	47	2	—	1	5	36	95	35	18	5	—	1	15	2	26	26
8	Hessen-Nassauische	36	21	—	3	8	88	172	56	27	17	—	2	14	—	40	48
9	Rhein-Westfälische	98	47	—	25	33	597	443	141	67	96	—	7	105	—	89	174
10	Württembergische	31	17	—	2	—	136	159	32	25	—	—	1	20	1	48	47
11	Bayerische	75	46	—	5	23	288	209	155	61	31	—	10	42	3	54	106
12	Südwürtt.	29	27	—	4	9	155	119	77	15	11	—	4	15	1	28	46
13	Freiburgerischen	91	124	2	26	31	560	338	485	130	579	45	18	229	21	83	275
	Zusammen	732	379	3	75	238	2896	2805	1543	579	853	51	72	610	57	678	1157
	Jahr 1915	887	416	9	90	308	3476	3162	1852	660	1028	46	79	734	42	790	1357

Jahresbericht des 3. Bezirks

Das wirtschaftliche Leben im Jahre 1915 stand natürlich allgemein unter den Einwirkungen des Krieges. Zeigte es in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch das Kaufhaus und die Behörden mit ihren Aufträgen an Materialarbeiten gut beschäftigt, so traten in diesem Jahre Materialentfernung und Materialknappheit als besondere Schwierigkeiten hinzug. Dadurch hatten die Gehilfen besonders schwer zu leiden. Hinzu kam noch, daß sich die Ausgaben für die Lebensmittel ständig steigerten, und jeder einzelne Kollege in eine bedrängte Lage kam. Sohnen in der zweiten Hälfte die Arbeitslosen eingenommen. Das ist aber leicht zurückzuführen, daß viele Gehilfen wegen der ungünstigen Errungenschaften im Berufe es vorzogen, andere Beschäftigung einzunehmen. Mehr als Worte erinnern, wie die heutige Lage des Gehilfenstandes durch die Gedanken der Leitenden gekennzeichnet sei. Böhme sah hier die Fülle der Gehilfen beim Militär befindet, darüber von den noch zurückgebliebenen zweitbesten aufmerksam das Beruf. Stellt man diese außerordentlichen Verhältnisse in Vergleich zu dem Stand der Opposition, so ist dieser immerhin zu niedrigstellend. Zumal sind die aus dem Beruf ausgeschiedenen Mitglieder der Organisation die Erne gewahrt haben, so ist dies unter den bestreitbaren recht erheblich, aber auch für jene

Kollegen, die unter vielen Entbehrungen und schweren
Strafen ihre schmäle Röntgen erfüllen.

Strapazen ihre schwere Pflicht erfüllen.
Da von den zurückgebliebenen Berufssoldaten, joweiß sie unorganisiert waren, das Gros in andern Berufen Unterhünft gefunden hat, war unser Agitationsfeld an sich sehr beschränkt. Fortgesetzt standen die Filialen vor der Frage, Ergänzungswahlen zu dem Verwaltungskörper vorzunehmen. Nicht weniger als 28 Geballtmäßigte der Filialen sind zum Militär eingezogen. Ferner befinden sich 15 Filialälpler beim Militär, außerdem 19 Schriftführer und 21 Beisitzer; somit von den Vorständen der Filialen insgesamt 86 Mitglieder. Dazu kommen weiter 81 Hauskassenälpler und 22 Revisor. Von den Vertretern der Ortsvereinigungen wurden 24, von den Bezirksführern und Bezirksvereinsleitern 45 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen. Außerdem sind von den Zählstellenleitern und -assistenten 48 Mitglieder eingezogen. Infolge der verengerten Mitgliederzahl mussten die größeren Verwaltungen an ihren bisherigen Verwaltungseinrichtungen Einschrankungen vornehmen. Trotz all der damit verbundenen Schwierigkeiten ist doch die Organisation in allen Filialen aufrecht erhalten worden. Dagegen ist ein größerter Teil der Zählstellen eingegangen, weil sämtliche Mitglieder zum Militär eingezogen sind.

Die von gewählten Verwaltungsmitglieder waren mit
größter Fleiß tätig und haben die Verwaltungsgeschäfte

ordnungsgemäß erledigt. Daß man ferner bestrebt gewesen ist, den Organisationsgedanken in weitere Kreise hineinzutragen, wird durch die Tatsache bestätigt, daß im verflossenen Geschäftsjahre 873 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Von diesen entfallen auf Gehilfen unter 20 Jahren 526, was in der Mehrzahl die aus der Lehre Entlassenen betrifft. Von den Neuaufnahmen waren bis Jahresende bereits wieder 248 gleich 28 v. St. zum Militär einberufen. Eine sehr nützliche Tätigkeit ist, daß die Verwaltung die Verbindung mit den im Felde stehenden Mitgliedern aufrecht erhält. Zu diesem Zwecke werden wöchentlich 2350 „Vereins-Anzeiger“ versandt. Der Lohn für die Arbeit besteht in der dankenswerten Anerkennung durch die Empfänger. Der im Felde stehenden Gehilfen habe sich die Malermeister von Emden, Hannover und Oldenburg erinnert. Diese haben teils durch freiwillige Sammlungen dazu beigetragen, daß allen Kollegen, welche ihre Adresse bekanntgegeben hatten, eine Aufmerksamkeit zuteilwerden konnte. Die filialen selbst haben wiederholt an den im Felde stehenden Kollegen durch Liebesgaben ihre Einmerksamkeit gezeigt. Zu Weihnachten wurde die Summe von £ 9753 verausgabt, die vorwiegend den Granatierer Träger zugute kam.

für das Jahr 1915 ergibt sich eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 2830. Nach den vorliegenden Angaben sind 4773 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen.

Da allein in den ersten beiden Kriegsmonaten 1004 Mitglieder aus den Filialen abreisten, ohne sich abzumelden, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich auch von diesen ein großer Teil beim Militär befindet. Von den 2409 Mitgliedern, die sich 1914 zum Militär abgemeldet hatten, wurden 94 wieder entlassen; diese sind teilweise wieder eingezogen. Von den im Jahre 1915 zum Militär eingezogenen Mitgliedern haben sich 1827 in den Filialen abgemeldet. Somit liegt für 4162 ein näherer Nachweis vor. Hierbei sind die 675 Mitglieder, die aktiv dienten, nicht mitgerechnet. Von den beim Militär befindlichen Mitgliedern sind 2040 verheiratet und 2112 ledig. Soweit uns bis Jahresende Kenntnis gegeben wurde, sind von diesen vereinzelt 299 gefallen.

In der Beitragsleistung ist gegenüber 1914 keine unzügige Veränderung eingetreten. Beitragsfreie Männer wurden weniger geliebt als bisher.

Die tariflich festgesetzte Arbeitszeit war durch Vereinbarung im ersten Kriegsmonat fast allgemein herabgesetzt. Die tariflichen Abmachungen wurden allgemein innerhalten. Wie auch früher, so haben in einzelnen Fällen die Arbeitgeber wieder versucht, an den Mehraufwandsosten zu sparen. Dagegen mußte das Ortsamt Kiel wieder einschreiten.

Die während der Aussperrung 1913 abgeschlossenen Sondertarife sahen eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren vor. Sie waren somit mit dem 1. März 1915 abgelaufen. Es kann festgestellt werden, daß auch diese Arbeitgeber die tariflichen Abmachungen weiter innegehalten haben.

In der Möbelfabrik Hinck & Stech, Lübeck, war der Tarif abgelaufen. Auf Grund aufgenommener Verhandlungen wurde jedem Kollegen eine wöchentliche Lohnzulage von M 2 gewährt.

Die bei den Schiffahrtsgesellschaften Havag-Hamburg und Norddeutscher Lloyd-Bremenhaven beschäftigten Kollegen haben durch wiederholte Eingaben erreicht, daß die volle Arbeitszeit wieder eingeführt wurde.

Auf der Seebadwerft-Bremervörde standen erneut Differenzen bevor. Die Direktion hatte angeordnet, daß die Arbeitszeit morgens eine halbe Stunde früher beginnen sollte. Damit waren die Arbeiter einverstanden, obgleich sie täglich Überstundenarbeit leisten mußten. Nur wurde ihr Verlangen abgelehnt, die mit Lohnausfall vergütete Überstundenarbeit gleichfalls eine halbe Stunde früher treten zu lassen. Als die Werftleitung einsah, daß sie in ihrem Vorgehen kein Glück habe, hatte sie an der neuengführten Arbeitszeit auch kein Interesse mehr.

In den Flugzeugfabriken in Schwerin wird das Oelen und Radieren von weiblichen Arbeitskräften ausgeführt. Diese werden mit einem Stundenlohn von 35 S entschädigt. Gegen dieses geringen Verdienstes glaubt man keiner Organisation angehören zu können. Damit hat die Fabrik zu flottem Geschäftsgang recht billige Arbeitskräfte.

An den Aufträgen der Heeresleitung ist das Malerwerbe im allgemeinen nur minimal beteiligt. In den wenigen Fällen, wo unsere Kollegen hierbei Beschäftigung gefunden haben, kam es dennoch zu Differenzen, so unter ihnen bei der Firma Kramer-Stettin und Wissch-Neu-Uln. Bei der Flughalle in Haage kam es mit einer Berliner Farbenfirma zu Differenzen. Diese wollte 10 S weniger zahlen als der Meister Garrels von Norderney, gleichfalls dort eine Halle auszuführen hatte.

Von der Direktion der Horwaldsverft-Kiel wurde angeordnet, daß keiner der an Bord beschäftigten Arbeiter das Schiff während der Mittagspause verlassen darf. Den von der Werft selbst beschäftigten Arbeitern wurde dafür eine Strafentschädigung von 50 S pro Tag vergütet. Die Strafentschädigungen waren dem Malermeister Lagoni-Kiel entrichtet, dessen Gehilfen durch die Anordnung der Werftleitung ebenfalls genötigt wurden, sich dieser zu unterwerfen. Deshalb verlangten sie die gleiche Vergütung, wie den übrigen Werftarbeitern zugesandt war. Nachdem es von Lagoni abgelehnt war, wurde das Ortsamt Kiel gerufen. Dieses erkannte, daß für die Gehilfen ebenfalls ein Mehraufwand entstanden sei. Dadurch wurde Lagoni verpflichtet, ebenfalls die Mehraufwandsentschädigung zu zahlen. Dem Schiedsspruch wurde hinzugefügt, daß Lagoni diese Mehrausgaben durch die Anordnung der Werftleitung entstanden seien und deshalb seine Forderung auf Rüderstattung mit Erfolg der Werft geltend machen könne. Weil die Forderung der Gehilfen die Summe von M 100 überstieg, wurde Bezug an das Kriegsamt eingelegt. Die Angelegenheit bis heute noch nicht entschieden. Von der Berufung ist Gehilfen erst nach Monaten Kenntnis gegeben worden.

Eine Übersicht über den Arbeitsmarkt in unserm Kreis geben die monatlichen Zusammenstellungen für das statistische Amt sowie die Vermittlungsziffern an jenen Arbeitsnachweisen. Mit aller Deutlichkeit kommt der monatlichen Berichtsstellung zum Ausdruck, daß der Mehrzahl der Orte von einer besonderen Arbeitslosigkeit kaum gesprochen werden kann, und zwar trifft dies der Ausschluß von Hamburg auch für die übrigen Großstädte zu. Es liegen für Hamburg recht außerordentlich günstige Verhältnisse vor. Verursacht ist dies dadurch, daß die Privaten mit ihren Aufträgen aufzuhalten. Aber der Hamburger Staat hat hierzu wesentlich mit beigetragen. So war in dessen Haushaltungsetat für 1915 Malararbeiten die Summe von M 1 611 726,50 vorgesehen. Die Ausführung der vorgenommenen Arbeiten war in der Baudeputation beauftragt. Auf Antrag der Budgetkommission aber hat man durch die Bürgerschaft die Streichung der Summe von M 851 756,50 beschließen lassen. Im Interesse der Arbeitslosen sind dann Eingaben die verschiedensten Behörden ergangen. Diese wurden in dem Arbeitgeberverband bereitwillig mit unterstützt. In keinem Falle wurden unsere Wünsche berücksichtigt, teilweise ist uns eine Antwort überhaupt nicht aufgetragen worden. Ein persönlich vorstelligwerden bei der Finanzdeputation wurde schließlich für M 20 000 Arbeit an den Schulen.

Weil die für die Bauarbeiter errichtete Kriegsversorgungsgemeinschaft nach wie vor in der Arbeitsbeschaffung die beste Arbeitslosenfürsorge erledigte, so ist auf dem Gebiete rege tätig gewesen. Durch die Eisenbahnbehörden haben wir auch das größte Entgegenkommen. Bei den städtischen Behörden zeigte sich dagegen oft Widerstand. Nicht selten wurden die Wünsche

rundweg abgelehnt mit der Motivierung, daß die Arbeitslosenzahl derart zurückgegangen sei, daß sich stellenweise schon Arbeitermangel bemerkbar mache. Aber selbst wenn die allgemeine Lage sich günstiger gestaltet hätte, so war doch für hinreichende Arbeitsgelegenheit für die nach Friedensschluß zurückkehrenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sorgen. Darum war es notwendig, rechtzeitig auf die Behörden einzutreten, damit die Vorarbeiten der Ausschüsse genommenen Bauausführungen schon jetzt fertiggestellt werden. Um die Aufmerksamkeit hierauf zu lenken, fanden zwei Konferenzen in Bremen und Neumünster statt, wozu auch die Behörden Vertreter erschienen.

Hier wurde mit zum Ausdruck gebracht, daß hinreichende Hilfe nur gebracht ist, wenn auch die private Bau-tätigkeit wieder belebt wird. Weil mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß nach Friedensschluß ein besonderer Mangel an Kleinwohnungen eintrete, so müssten auch die nötigen Erleichterungen, die zur Erhöhung der privaten Bau-tätigkeit erforderlich sind, geschaffen werden. Dazu gehört

in erster Linie die Beschaffung von Baugeldern für zweite Hypotheken zu einem mäßigen Zinsfuß. Alle Vertreter stimmen der Ansicht zu, daß hier die Gesetzgebung helfend eingreifen müsse durch Schaffung von Kreditanstalten, bei denen außer den Hausbesitzern auch die Gemeinden eine Haftung übernehmen. Ohne daß letztere hierbei einer besonderen Gefahr ausgesetzt sind, könnten diese ihren Einsatz dahin gestalten machen, daß wirklich gesunde Wohnungen erbaut und die Wohnungsmieten in einer preiswerten Höhe festgesetzt werden. Die Schaffung derartiger Kreditanstalten würde auch deshalb für notwendig erachtet, weil sonst die Befürchtung sehr naheliegt, daß der Kapitalmarkt sich ausschließlich der Industrie zuwenden. Die bei dieser Gelegenheit erreichte Übereinstimmung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern wurde zerstört, als der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, Behrens-Hannover, von diesen Absichten Kenntnis erhielt.

Erfreulicherweise hat später die Generalkommission sich dieser Sache angenommen und eine Petition in unserm Sinne für das Preußische Abgeordnetenhaus ausgearbeitet. Von den Mitgliedern der Agitationskommission wurde bereits im Januar Kollege Conn zum Militär eingezogen. Am 19. Juni verstarb Kollege Warnde, der der Kommission zehn Jahre lang ununterbrochen angehört hatte. Wegen der sich so oft nötig machenden Ergänzungswahlen in den Filialen müssten durch die Kommission die Neuwählten mit den Einschätzungen der Organisation vertraut gemacht werden. Der größte Teil der Tätigkeit entfiel auf die Arbeitsbeschaffung.

Die Organisation hat dieses Jahr eine schwere Prüfung überstehen müssen. Ist der allseitig gewünschte Frieden auch noch nicht eingetreten, so wollen wir doch zuversichtlich hoffen, daß diese Zeit nicht mehr fern liegt. Möge dann die kommende Zeit unsere Kollegen dafür entschädigen, was sie bisher an Opfern zu bringen genötigt waren. Die dahin zielen Wünsche werden sich nur in voller Gemeinschaft durchführen lassen. Hoffen wir, daß diese Erkenntnis auch den wenigen zum Bewußtsein kommt, die heute noch abseits stehen. Emil Buch, Hamburg.

Von unserem Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielten die Kollegen Moritz Beissner, Mitglied der Filiale Hamburg, und Kollege Max Weinberger, Mitglied der Filiale Münster.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Bäder- und Anstaltsfürsorge für heeresentlassene Kriegsteilnehmer. In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom 6. April dieses Jahres ist eine Entschließung auf Gewährung eines Reichsjuschusses an die Abteilung „Bäder- und Anstaltsfürsorge“ des Zentralomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz einstimmig angenommen worden. Wie wir bereits früher mitgeteilt haben, handelt es sich bei der Tätigkeit dieser Abteilung um einen Zweig der öffentlichen Kriegswohlfahrtspflege, der, in der Stille ausgebaut, bereits sein soll, ergänzend in die Lücke einzutreten, die trotz des gewaltigen Baues unserer Sozialversicherung und der militärischen Kriegsbeschädigtenfürsorge bestand. Die schweren Opfer an Blut und Gesundheit, die von Deutschland gebracht werden, haben schon seit langer Zeit Industrie und Handel, Landwirtschaft und Gewerbe mit Sorge in die Zukunft sehen lassen. Denn nur ein vollwertiges und arbeitsfähiges Geschlecht wird später in der Lage sein, die großen mittelbaren und unmittelbaren Ausfälle an Arbeitskraft so auszugleichen, daß Deutschland auch nach dem Frieden seinen weltwirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann. Aus diesem Grunde ist namentlich mit Unterstützung der deutschen Wirtschaftskreise die genannte Abteilung so ausgebaut worden, daß sie, hand in Hand mit unserm so hoch entwickelten Bädertum, imstande ist, auf dem Gebiete der Heilsfürsorge für die große, aber in der öffentlichen Meinung bisher leider wenig beachtete Menge der heeresentlassenen „Kriegsinvaliden“ einzutreten. Die Abteilung Bäder- und Anstaltsfürsorge ist bereits jetzt der einheitliche Mittelpunkt für die gesamte amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge auf dem Gebiete der Heilbehandlung der heeresentlassenen Kriegsteilnehmer. Ihre Geschäftsräume befinden sich in Berlin W 66, Herrenstrasse 1, Leipziger Straße 2.

Neue Mittel gegen Zahnschmerzen. Auf ein sehr einfaches und in den verschiedensten Fällen wirksames Mittel, einen Zahnschmerz ohne eine Behandlung, welche die Grundursache des Schmerzes beendet, für längere Zeit auszuhalten, macht Bataillonsarzt Dr. du Mont in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ aufmerksam. Ein glücklicher Zufall führte den Arzt auf diese selbsterprobte Behandlungsweise. Bei äußerst heftigen Zahnschmerzen, die weder durch eine Zahndesinfektion noch Zodeinpulsationen nachlassen wollten, zog Dr. du Mont den Duft Ätherischen Wassers ein, wobei einige Tropfen der Flüssigkeit bis an die Nasenschleimhaut emporgerissen wurden. Sofort waren die Zahnschmerzen verschwunden. Eine große Reihe in der Praxis ausgeführter Versuche, die eine Einwirkung von Schwefeläther auf die Schleimhaut herbeiführten, hatten jedesmal den gleichen Erfolg.

Es wurden, um möglichst einfach die Tropfen an die Nasenschleimhaut gelangen zu lassen, erbsengroße Wattepsoppen mit Äther durchtränkt, soje je nach dem Sitze des Zahnschmerzes in das linke oder rechte Nasenloch getan, worauf der Patient sich möglichst weit zurückneigt und durch einen leichten Druck auf die Nase einige Tropfen aussprezt. Der Erfolg stellte sich bei erkrankten Bähnen, bei Wurzelhautentzündungen und rheumatischen Zahnschmerzen unmittelbar ein.

Gewerkschaftliches.

Wiederaufnahme der zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Nachdem die zentralen Verhandlungen über die Verlängerung des Tarifvertrages für das Baugewerbe und über die Feststellung einer Leistungszulage, die im Februar dieses Jahres in Berlin im Reichsamt des Innern stattgefunden haben, ergebnislos geblieben waren, ist der Reichsttarif am 31. März zum Ablauf gekommen. Es hatte aber der Deutsche Arbeitgeberbund beschlossen, die von ihm in der damaligen Verhandlung angebotene Leistungszulage vom 15. März ab freiwillig zu zahlen. Zwischen ist das Reichsamt des Innern wiederholt bemüht gewesen, die ehemaligen Vertragsparteien zu neuen Verhandlungen wieder zusammenzuführen. Die Arbeitervertreter hatten schon am Schlusse der früheren Verhandlung erklärt, daß unter welchen Voraussetzungen sie bereit wären, zu weiteren Verhandlungen zu erscheinen. Nachdem nun auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich ausdrücklich der Industrie zuwenden will, sind solche auf den 8. Mai festgesetzt. Die Verhandlungen finden in Berlin, im Reichsamt des Innern statt, und werden wieder von dem Direktor im Reichsamt des Innern, Exzellenz Caspar, geleitet werden.

Der Deutsche Bauarbeiterverband im Jahre 1915. Das gewaltige Völkerkrieg mit seinen Unwälzungen ist auch an dem Bauarbeiterverbande nicht spurlos vorübergegangen. Groß ist die Zahl der zum Heeresdienst eingesetzten Mitglieder, und sie wächst mit jeder Woche, so daß genauere Angaben hierüber gar nicht mehr gemacht werden können. Am Schlusse des Jahres 1915 befanden sich bereits 167 000 Mitglieder bei der Truppe, von denen bereits 10 000 dem Kriege zum Opfer gefallen waren. Die große Arbeitslosigkeit, die zu Beginn des Krieges eintrat und die bis zum Beginn des Frühjahrs 1915 anhielt, hat außerdem viele Bauarbeiter zu anderer Beschäftigung gebracht. So kommt es, daß Zweigvereine aufgelöst werden müssen, daß der Mitgliederbestand und die Einnahmen des Verbandes zurückgegangen sind, eine Erklärung, die wohl in allen Gewerkschaftsverbänden die gleiche sein dürfte.

Bon den 888 Zweigvereinen mit 152 022 Mitgliedern, die der Verband am Schlusse des Jahres 1914 aufzuweisen hatte, waren am Ende des Jahres 1915 noch 847 Zweigvereine mit 82 983 Mitgliedern vorhanden. Es ist also ein Verlust von 41 Zweigvereinen und 69 039 Mitgliedern im Laufe des Jahres entstanden. Wieviel von diesen weniger vorhandenen Mitgliedern zum Heeresdienst eingezogen worden sind, läßt sich nicht sagen, da genaue Angaben darüber nicht zu erhalten sind. Deshalb hat man auch keinen Anhalt dafür, wie groß eigentlich die Zahl der für den Verband fahnenträchtig Geworbenen ist. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Verlaufe des Jahres 1914 101 912 gegenüber 85 029 am Jahresende 1914; somit hatte der Verband im letzten Jahre durchschnittlich 134 017 = 58,8 pft. Mitglieder weniger als im Jahre zuvor. Die Aufnahme schwankt in den 21 Agitationsbezirken des Verbandes zwischen 48,1 und 91,3 pft. In den in und an der Kriegszone liegenden Gebieten herrsche andauernd Arbeitslosigkeit, wodurch die Mitgliederzahl neben der Wirkung, die die Einberufungen darauf ausüben, noch besonders ungünstig beeinflußt worden ist. Von einer besonderen Baukonjunktur konnte überhaupt nirgends gesprochen werden, auch da nicht, wo, wie im Innern des Landes, an mehreren Stellen große industrielle Werke für Heereszwecke errichtet worden sind. Hier handelt es sich höchstens darum, daß die für die vorhandenen Bauten beanspruchten ansässigen Arbeiter nicht in genügender Zahl vorhanden waren und deshalb von andern Gegenden beschafft werden mußten, wo sie nicht beschäftigt werden konnten. Aus einer Aufnahme, die in der Zeit vom 20. bis 28. Juni gemacht worden ist, hat sich denn auch ergeben, daß von 102 098 befragten beschäftigten Mitgliedern nur 79 426 im Baugewerbe und 19 161 in anderen Berufen beschäftigt wurden. Der Rest von 4411 Mitgliedern war entweder frisch oder arbeitslos. Entsprechend dem Garnisonen hat sich auch das Finanzvermögen des Verbandes gestaltet. Die Gesamtaufnahmen des Verbandes haben sich von M 8 027 565 im Jahre 1914 auf M 4 596 194 im letzten Jahre verringert. Das ist eine Wenigereinnahme von M 3 431 371. Allein die Einnahme an Beiträgen, die immer noch den statlichen Betrag von M 2 823 183 zurückerhalten, ist um M 2 823 183 zurückgeblieben hinter dem gleichen Einnahmeposten des Jahres 1914. Ein Vergleich dieser beiden Posten kann aber nicht die Bedeutung haben, die man ihm in Friedenszeiten beilegen müßte. Mindestens darf man daraus nicht schließen, daß in der Beitragsszahlung überhaupt eine Wendung zum Schlechten eingetreten ist. Betrachtet man nämlich die Zahl der auf einzelne Mitglied entfallenden Vertragsmarken, dann ergibt sich, daß davon 42,97 auf den Kopf entfallen, gegen 36,85 im Jahre zuvor. Von der Gesamtaufnahme hatte die Hauptkasse einen Anteil von M 3 317 678. Die Ausgaben des Verbandes belaufen sich auf M 5 307 783. Darunter befinden sich an größeren Posten u. a. die Ausgabe für das Verbandsorgan „Der Grundstein“ mit M 123 818, für Agitation, Flugschriften und fremdsprachige Zeitschriften M 223 751; für die Arbeitslosenunterstützung, die erst nach Wiederherstellung des Verbandsstatuts vom 1. November ab gezahlt worden ist, M 103 650; für Kranken- und Begräbnisbeihilfe M 267 637; für Rollstandsunterstützung M 890 342; für Familienunterstützung und Kinderbeihilfe und Liebesgaben an Kriegsteilnehmer M 2 173 528. Die Gesamtaufnahmen für die Hauptkasse belaufen sich auf M 3 896 522. Es ist demnach eine Mehrausgabe von M 578 843 für die Hauptkasse vorhanden gewesen. Das Verbandsvermögen betrug am

